

## Landeselternkonferenz NRW

### Konventionelle und digitale Lernmittelfreiheit für Chancengleichheit

Wissend, dass staatliche Lernmittel schon lange nicht mehr Lernmittelfreiheit garantieren und der tatsächliche Bedarf der Schulen durch den Griff in die Elterntasche zur Selbstverständlichkeit geworden ist, wächst die Bildungsscheren immer weiter. Es braucht deshalb ein „Ehrlich- machen“ was Lernmittelfreiheit eigentlich bedeuten soll und wie Chancengleichheit langfristig wieder hergestellt werden kann.

Eindrücklich hat die Pandemie gezeigt, wie ungleich Bildung und die Teilhabe an Bildung in NRW verteilt sind. Besonders an der digitalen Ausstattung der Schulen lässt sich beobachten, dass dort wo Kommunen und Eltern liquide sind, eine Ausstattung schlicht schneller durchgedrückt wird, als dort, wo Schulen auf staatliche Fördermittel angewiesen sind. Dadurch rückte der Umstand ins allgemeine Bewusstsein, dass Schulbildung in NRW schon vor der Pandemie keineswegs unentgeltlich war. Doch darüber, wieviel den Eltern tatsächlich Jahr für Jahr der Schulbesuch ihrer Kinder kostet, ist in Bildungspolitik und Schulverwaltung nichts Genaues bekannt. Denn keine Kommune hat einen Überblick, wieviel Mittel die einzelnen Schulen durch Fördervereine oder externe Sponsoren generieren und damit attraktivere Angebote machen können. Und selbst das Schulministerium hat keinen Überblick wie unterschiedlich Schulen unterstützt werden. Die Mutmaßung erfolgt allein auf Basis des vermeintlichen Schulsozialindex, der sich aber weder am tatsächlichen Einkommen, noch am Kinderreichtum der Familien orientiert, und erst recht nicht an der Liquidität einer Kommune.

Deutlich wird aber, dass dort, wo der Lehrkräftemangel an prekären Standorten zuschlägt, nicht einmal Zeit und Raum für Förderanträge bleibt, und eine Abwärtsspirale kaum zu stoppen scheint. Das ist besonders fatal, weil gerade dort Elternhäuser oft weniger liquide sind. Die LEK NRW fragt sich deshalb, wie ernst die Landesregierung die Lernmittelfreiheit überhaupt noch nimmt oder inwieweit sie mit diesen Eltern-Spenden und/oder Kooperationen/Sponsoren kalkuliert.

Durch die Umfrage der LEK NRW unter den Kreis- und Stadtschulpflegschaften zum Thema „Was kostet Schule“<sup>1)</sup>, wurde sehr deutlich wie hoch die finanzielle Belastung durch den Schulbesuch ist. Bereits vor den zunehmenden Krisen, der Inflation und der drohenden Rezession war das für viele Familien schon vorher schwer bzw. kaum noch leistbar; und die Situation hat sich in den letzten Monaten noch verschärft. Selbst besser gestellte kinderreiche Familien kommen an ihre Grenzen.

Die im vergangen Jahr beschlossene Erhöhung der Eigenleistung der Eltern gaukelt daher weiterhin eine nicht existierende Lernmittelfreiheit vor, die sich durch die Digitalisierung enorm verschärft. Das Schulbudget selbst, reicht oft nicht einmal, um die Leasing- und Wartungskosten der Kopiergeräte zu finanzieren. So fehlen vielen Fachschaften selbst wichtige Verbrauchsmaterialien um curricular notwendige und vorgesehene Experimente anzubieten. Haptische Erfahrungen machen Kinder und Jugendlichen oft nur noch an besser gestellten Schulstandorten. Die Folge fehlender Angebote lässt sich bereits jetzt bei der Wahl der Ausbildungs- und Studienwahlen ablesen. Schülerinnen und Schüler die Naturwissenschaften nie erlebt haben, wählen diese Ausbildungen weniger an.

Naturwissenschaftliche Experimente oder besondere Bildungsangebote für Musik, Kunst oder Sport etc. lassen sich demnach nur noch dort realisieren, wo tief in die Elterntasche gegriffen wird und Eltern das bereitwillig mittragen. Da stört auch nicht die Kompromittierung einzelner Elternhäuser, die sich den Gruppenzwang beugen müssen, obwohl sie sich das gar nicht mehr leisten können.

## Landeselternkonferenz NRW

Glück hat, wer intakte Schulleitungen vorfindet, die sich von externen Sponsoren abhängig machen und so Elternhäuser ein wenig entlasten können. Um diese fragwürdigen Beschaffungsmaßnahmen zu stoppen und Gleichheit in der Bildung zu ermöglichen, braucht es dringlich eine ehrliche Diskussion.

Klar ist aber inzwischen allen Schulleitungen und Lehrkräften, dass es ohne Elternspendengelder gar nicht mehr gehen würde, die dann trotz Lehr-/Lernmittelfreiheit Gelder für zusätzliche Arbeits- und Grammatikhefte, Lektüren, Schulplaner, Materialien für Kunst-, Musik-, MINT- und Sportunterricht einziehen. Insbesondere bei „Kopiergegeld“ und „Klassenkasse“ wird oft nicht klar kommuniziert, dass es sich um freiwillige Beiträge handelt, zu denen die Eltern nicht verpflichtet werden können (siehe Grafik 1<sup>1)</sup>).

Schon an Grundschulen kommen zusätzlich zum Eigenanteil Beträge zwischen 150 und 190 Euro im Jahr zusammen. Damit sind Tornister, Etui, Sportzeug und Schulhausschuhe noch nicht bezahlt. An weiterführenden Schulen beläuft sich die durchschnittliche Summe auf 200 bis 250 Euro. Wie gering das Bewusstsein für die finanzielle Belastung der Eltern teilweise ausgeprägt ist, zeigt sich, wenn z.B. bei Malkästen, Stiften und Schreibheften eine bestimmte Marke verlangt wird. Nicht selten berichten Eltern, dass Arbeitshefte angeschafft werden müssen, in denen dann kaum oder gar nicht gearbeitet wird. Für die meisten Familien kommen noch weitere Beträge dazu. Das Mittagsessen in der Mensa kostet monatlich 12 bis 85 Euro (siehe Grafik 2<sup>1)</sup>), die Fahrt zur Schule mit dem ÖPNV bis zu 60 Euro (siehe Grafik 3<sup>1)</sup>), für manche AGs werden Teilnahmegebühren oder Miete für Musikinstrumenten bzw. Sportgeräten von 5 bis 55 Euro verlangt. Nachhilfe und Rechtschreibförderung können, abhängig von der Schulform, mit 50 bis 250 Euro pro Monat zu Buche schlagen. Viele Schulen erwarten inzwischen die Ausstattung mit einem digitalen Endgerät. Nicht selten müssen Eltern verpflichtend Tablets kaufen oder leasen oder Leihgeräte auf eigene Kosten versichern. Das sind dann schnell fast 600 Euro bzw. 15 bis 50 Euro monatlich (siehe Grafik 4<sup>1)</sup>). Dazu kommen die Kosten für Taschenrechner, die, wenn ein grafikfähiges Gerät verlangt wird, sich auf bis zu 150 Euro belaufen können. In Jahren, in denen Klassenfahrten anstehen, kommen nochmal zwischen 100 bis 500 Euro hinzu. Zusätzlich wird ein Taschengeld, manchmal auch Ausrüstung z.B. für Skifahrten erwartet, die durchaus nochmal 100 Euro kosten kann (siehe Grafik 5<sup>1)</sup>).

Doch gerade bei Fahrten und Ausflügen zeigen sich große Unterschiede. An Standorten, an denen viele Eltern kein Geld für ein ÖPNV-Ticket haben, scheitern schon einfache Tagesausflüge. In der Summe müssen Eltern also in manchen Schuljahren deutlich mehr als ein durchschnittliches Monatseinkommen nur für Schule aufbringen. Zwar erhalten einige Eltern staatliche Unterstützung durch den Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket. Dies betrifft aber nur Familien mit einem sehr geringen Einkommen bzw. mit einem Anspruch auf Sozialleistungen. Nicht alle Anspruchsberichtigte wissen davon und schaffen es, entsprechende Anträge zu stellen. Regulär berufstätige Eltern haben kaum eine Chance auf Unterstützung. Besonders kinderreiche Familien geraten so schnell an die Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten.

Wir fordern deshalb, dass Bildung aus der Abhängigkeit der Familien und den Kommunen gebracht werden muss. Es darf auch nicht mehr davon abhängig sein, ob Schulen oder Eltern in der Lage sind Förderanträge zu stellen. Es braucht eine Ermittlung eines ehrlichen Gesamtbedarfs inkl. Kopierkosten, Arbeitshefte bis hin zum digitalen Endgerät. Erst dann kann ein wirklicher Ausgleich an prekären Standorten und für benachteiligte Kinder erfolgen und Schulstandorte damit wieder an Attraktivität gewinnen. Denn nicht nur Kinder und Jugendliche an privilegierten Standorten möchten außerschulische Angebote erfahren, sondern alle Kinder. Neben der Mobilität, muss daher auch Lernmittelfreiheit ernst genommen werden und alle Schulen in die Lage versetzt werden gleichwertige Angebote zu ermöglichen.

Diese Landesregierung sollte nicht nur dem fast selbstverständlich gewordenen und kompromittierenden Griff in die Elterntasche entgegentreten, sondern auch die sonstigen „schwarzen Kassen“, die zunehmend zu Ungleichheiten führen, endlich stoppen. Dies bewusste Wegsehen der letzten Jahrzehnte, hat zu den derzeitigen Scheren in den Schulen geführt. Daher fordern wir das genau Hinsehen und eine faire und soziale Anpassung, sowie den Abbau von Hürden.

1)

<https://lek-nrw.de/?p=1804> (PM – Was kostet Schule? - Wird Bildung zum Luxus?)

Der Vorstand der LEK NRW

Dortmund, 26. September 2022